



Goll: Verlängerung der Hilfsfristen geht auf Kosten des Lebens hilfsbedürftiger Menschen

Zur Vorstellung eines Gutachtens zum Rettungswesen in Baden-Württemberg, in dem auch von einer Verlängerung der Hilfsfristen die Rede ist, sagte der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Prof. Dr. Ulrich Goll:**

„Die von der grün-roten Landesregierung angedachte Verlängerung der Hilfsfristen ist der falsche Ansatz zur Reform des Rettungswesens. Hilfsfristen sind keine beliebige ‚Jongliermasse‘, ihre Verlängerung geht auf Kosten des Lebens hilfsbedürftiger Menschen. Schon die derzeit als Regelfall vorgesehene Zehn-Minuten-Frist wird von Medizinern als zu lang angesehen. Die Rettungs- und Notärzte weisen regelmäßig darauf hin, dass beispielsweise bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand eine Hilfsfrist von acht Minuten erforderlich sei, ebenso wie bei einem Herzinfarkt oder bei akuter Atemnot. Der richtige Ansatz wäre daher, den Rettungsdienst besser auszustatten, damit er die aktuellen Hilfsfristen öfter einhalten kann. Spielraum dafür muss angesichts der in anderen Bundesländern von den Trägern des Rettungswesens aufgebrauchten Pro Kopf-Kosten vorhanden sein. So fallen in Baden-Württemberg in der Notfallrettung Kosten in Höhe von 30 Euro pro Kopf an, in Hessen sind es mit 60 Euro doppelt so viel.“